

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterstaff in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Abonnement pro Quartal 900 M. Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt

Erscheint jeden Dienstag Redaktionsstil: Sonnabend morgen

Insertionspreis pro ledisgepaltene Nonpareillezelle 2000, für Zahlstellen 200 Mk.

Der Katastrophe entgegen.

Während sich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter unausgesetzt bemühen, die Sturzwellen der Verdrängung einzudämmen und die Regierung zu überzeugen, durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung des realen Lohnverhältnisses zu treffen, schreitet die Entwertung des deutschen Zahlungsmittels unaufhaltsam weiter. Das industriell hochentwickelte Deutschland ist durch die Manöver der kapitalistischen Klasse vor dem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch angelangt. Allgemein ist die Meinung verbreitet, daß der in den letzten Tagen erneut eingetretene Marktschwund in der politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands keine Begründung fände. Obwohl es also klar liegt, daß diese Vorgänge Auswirkungen der wilden Börsenspekulationen sind, wurden von der Regierung bisher noch keine Beschlüsse gefaßt, um mit Erfolg dem weiteren Marktverfall entgegenzuwirken.

Der zur Feststellung der Schuld über den Verfall der Marktwährung eingesetzte Ausschuß wird niemals in der Lage sein, das Rätsel zu lösen. Sicher wird auch diese Aktion wie das Hornberger Schießen auslaufen und niemals die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können. In den Kreisen der Börsenjobber und Devisenhamster ist man sicher, daß keine Macht imstande ist, in die Dunkelkammer dieser Blutsauger und Volksausbeuter Licht zu bringen. Was will eigentlich die Regierung, wenn sie selbst duldet, daß der auf ein Minimum zusammengeschmolzene Aktienvorteil des Volkvermögens direkt den Kapitalisten zum Geschenk gemacht wird. Eine bekannte Tatsache: Den Kapitalisten wird durch die Reichsbank ein Wechselkredit bis zu 3 Monaten gewährt bei einem Zinsfuß von 18%. Glänzendere Geschäfte haben die Kapitalisten noch niemals machen können. Wenn ein Unternehmer bei niedrigem Dollarkurs im März sich Millionenkredite von der Reichsbank zur Eindeckung von Dollars sicherte und er bezahlt sie jetzt bei dem hohen Dollarkurs zurück, so hat er durch die weitere Marktentwertung unheimliche, mühevolle Gewinne zu verzeichnen. Natürlich machten die Kapitalisten von solchen günstigen Darlehensbedingungen überreichlichen Gebrauch. Nach der „Frankf. Zeitung“ betrug der Wechselumlauf 12 Milliarden im Jahre 1918; daran war die Reichsbank mit 1,5 Milliarden oder 12,5% beteiligt. Im März 1922 war der Wechselumlauf auf 30 Milliarden, davon bei der Reichsbank auf 2 Milliarden gestiegen; im Dezember des gleichen Jahres auf 1125 Milliarden, bei der Reichsbank auf 122 Milliarden oder 10,8%; im März 1923 betrug der Gesamtwechselumlauf 5201 Milliarden, daran partizipierte die Reichsbank mit 2372 Milliarden oder 45%. Durch das hochherzige Entgegenkommen der Reichsbank den Kapitalisten gegenüber, kann sie nun den großen Erfolg beanspruchen, daß sie fast die Hälfte des gesamten Wechselumlaufes auffangen mußte. Selbstverständlich näherte sich der Unternehmer das überaus günstige Angebot der Reichsbank freudig an. Sie erhalten Gelder bei keiner Privatbank zu diesem niedrigen Zinsfuß. Die Nachfrage nach Reichsbankkredit geht weit über den Bedarf des Betriebskapitals hinaus. Die aussichtreichsten Gewinnchancen eröffnen sich zur wertbeständigen Anlegung der überschüssigen Papiergeldhaufen.

In diesem Zusammenhang ist auch der neueste Marktschwund zu bewerten. Für die im März bei der Reichsbank eröffneten Wechselkredite haben nunmehr im Juni bei Ablauf der Dreimonatsfrist die Rückzahlungen zu erfolgen. Was liegt dann näher, daß bei gemeinsamer Kraftanstrengung erneut das deutsche Zahlungsmittel entwertet wird und mit der nunmehr noch mehr entwerteten Marktwährung die Rückzahlung der Kredite erfolgen kann.

Die kapitalistischen Generalschiebungen machten alle Erfolge zur Sicherung des Lohnverhältnisses illusorisch. Siphonarbeit. Selbst die beim Lohnabschluß sich auswirkenden hundertprozentigen Lohnerhöhungen wurden wieder durch die fortwährende Preisschraube bis zur Auszahlung aufgehoben. „Wenn der Dollar an einem Tage ganz gewaltig in die Höhe klettert, kann man mit neuen Lohnverhandlungen nicht 14 Tage lang warten.“ So äußerte sich sehr richtig kürzlich im Landtag der preussische Minister des Innern. Die fortwährende Mißachtung in der Bewertung der Arbeitskraft kann nicht zur Arbeitsfreudigkeit führen. Wenn aus dem Trümmerfeld des wirtschaftlichen Chaos neue und vollkommene Gebilde entstehen sollen, dann muß die Arbeiterschaft vorher allen Alltagsorgen enthoben werden. Oder, wenn die sich in den letzten Wochen auswirkenden Erscheinungen als bleibender Bestandteil für alle Zeiten bestehen sollen, glaubt dann jemand, daß Deutschland niemals wieder in die frühere Rangstufe als Industriestaat emporsteigen wird?

Im Ausland denkt man anders über den katastrophalen Marktschwund. Dort wird offen ausgesprochen, daß mit verechelter Absicht die Geldentwertung von den Kapitalisten unter Zustimmung der Regierung herbeigeführt wurde. Aller Welt sollte damit der Beweis geliefert werden, Deutschland sei nicht zahlungsfähig und niemals in der Lage, die im Versailler Diktat vorgesehenen Reparationslasten aufzubringen. Und weil eben diese Meinung besteht, darum leidet das Ansehen, die Kreditfähigkeit wird unterbunden, und mit Recht wird die deutsche Kapitalistenklasse als die Ausgeburt aller Unruhen hingestellt, die die Völker nicht zum Frieden kommen lassen.

Der Zusammenbruch der wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Arbeiterschaft ist in den letzten Wochen im Stillen erfolgt. Sie ist mit ihrer Lebenshaltung auf der niedrigsten Stufe angelangt. Mehr kann ihr nicht mehr geraubt werden. Was die Unternehmer auf legalen Wege mit der Forderung auf Lohnabbau nicht durchführen konnten, dank der Wachsamkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, ist durch die systematisch verursachte Geldentwertung in vollem Maße erreicht worden.

Die Machtverhältnisse zwischen der Arbeiterschaft und der Unternehmerklasse haben sich in diesen Zeiten recht auffällig zugunsten der letzteren verschoben. Wir sind demzufolge heute weiter von unserm Endziel entfernt als in früheren Zeiten. Soll uns jedoch diese Tatsache etwa entmutigen und wir an unsern Aufgaben selbst verzweifeln, weil wir immer wieder neue, fast unüberwindliche Schwierigkeiten vor uns auftragen sehen? In solchen Zeiten des Verfalls der kapitalistischen Wirtschaft tritt die Notwendigkeit des organisierten Schutzes für jeden einzelnen zwingend in den Vordergrund. Wir würden unser eigenes Grab schaufeln, wenn in solcher Verzweiflungstimmung die Mitglieder den Glauben an die Organisation verlieren und ihrer wirtschaftlichen Interessenvertretung den Rücken kehren. In den Kreisen der Unternehmer denkt man anders. Wir lesen in der „Zeitschrift des Reichsverbandes deutscher Gemeinden und Kommunalverbände“ folgendes aus der Feder des Syndikus Dr. Feuerherdt:

Auch die Kreise, die immer glauben, ohne Organisation ihre Interessen selbst, unter Umständen auch besser vertreten zu können, sind unter dem Einfluß der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre zu anderer Überzeugung gekommen. Das Anwachsen bestehender und die Gründungen neuer Verbände reden eine deutlichere Sprache, als Worte es vermögen. Diejenigen, die heute noch der Organisationsfrage skeptisch gegenübersehen, scheuen fast ausnahmslos die Ausgaben an Beiträgen und verschließen sich der Tatsache, daß die nach den heutigen Verhältnissen geringen Beiträge um ein Vielfaches wieder aufgewogen werden durch die Vorteile,

die ein zielsicherer, fest organisierter Verband ihnen bietet. Auch die vereinzelt vorkommenden Austrittserklärungen sind meist auf berartige Erscheinungen zurückzuführen.

Der Preis der Unorganisierten muß kleiner werden, sobald sich alle Verbandsmitglieder bemühen für die Organisationsnotwendigkeit dort Boden zu schaffen. Jetzt muß das gelingen; denn noch niemals haben uns die Kapitalisten soviel Aufklärungstoff geliefert.

Gewerkschaftliche Arbeit seit der Ruhrbesetzung.

Von Eugen Dengel, Wiesbaden.

Mit der Besetzung der Ruhrgebiete kam die passive Resistenz, damit vielfach Kurzarbeit und große Arbeitslosigkeit. Nun wissen wir, daß seit 15. Dezember 1918 eine alte Forderung der Gewerkschaften erfüllt und die Erwerbslosenunterstützung für das ganze Deutsche Reich eingeführt ist. Notwendig erscheint, an die Tatsache zu erinnern, daß der Erfüllung dieser Forderung jahrzehntelange gewerkschaftliche Kämpfe vorausgingen. Die heutige Menschheit vergißt zu leicht, nimmt alles als selbstverständlich hin, was eigentlich doch gar nicht so selbstverständlich ist. Die jetzige Zeit verlangt gebieterisch Maßnahmen, damit die Not und das Elend verringert, möglichst ganz beseitigt wird. Darauf war die Tätigkeit der Gewerkschaften ständig eingestellt. Daß leider manches anders kam, wie gewollt, ist eine Sache für sich. Die Erwerbslosenunterstützung ist seit Mitte Februar so ausgebaut, daß alle Erwerbslosen zwei Drittel der jeweiligen Tariflöhne als Unterstützung erhalten. (Nur im besetzten Gebiete, D. R.) Nicht überall ist diese Einrichtung getroffen. Mit dieser Einrichtung war aber von vornherein die notwendige Elastizität gegeben und die Möglichkeit geschaffen, daß alle Lohnveränderungen der einzelnen Berufe auch den erwerbslosen Mitgliedern gleich zugute kamen. Bis dahin war bekanntlich das starre System vorhanden, das allerdings zu ganz gewaltigen Härten wiederholt geführt hatte. Man muß sich den Unterschied zwischen dem früheren und dem jetzigen System völlig klar machen, um zu erkennen, welche Vorteile das letztere bringt. Im weiteren finden auch die Bestimmungen der Manteltarife Anwendung, so daß zum Beispiel auch Feiertage in Unterstützungsfälle bezahlt werden, wenn das der Manteltarif vorsteht. Dazu ist gleich weiter zu bemerken, daß es den ständigen Verhandlungen der Gewerkschaften gelungen ist, generell allen Erwerbslosen die Feiertage zu bezahlen. Ganz natürlich hat auch die beste soziale Einrichtung ihre Schattenseiten, die um so größer werden, je länger ein Mensch diese Einrichtungen in Anspruch nehmen muß.

Nach diese Frage wurde in den allerletzten Tagen in Besprechungen ventiliert, um manche Härte zu beseitigen. In diese Zeit fielen auch die Versuche, die Mark zu stabilisieren. Im Zusammenhang damit kam der unglückliche Erlaß des Reichswirtschaftsministers Becker. Dieser Mann glaube, der Weisheit letzter Schluß liege darin, daß man einfach ein Blatt Papier mit Tinte bespricht, und dann hört die Lohnerhöhung auf. Daß aber eine Erhöhung der Geldbezüge keine Lohnerhöhung bedeutet, scheint ihm noch nicht klar geworden zu sein. Die Löhne der gesamten Arbeiter- und Beamtenchaft machen nur noch circa ein Viertel des früheren Lohnes aus. Diese unbestreitbare Tatsache beweist schlagend, wie groß das Elend der arbeitenden Bevölkerung ist. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich sofort ganz entschieden gegen diesen unstatigen Erlaß gewandt und bereits am 16. März mußte der Reichskanzler Cuno in einer Sitzung erklären, daß er den Erlaß seines Kollegen Becker nicht völlig decke. Während der Erlaß Beckers überall bekannt und herausgeholt wurde, wollte man von der Regierung Cunos nichts wissen. Die sehr bedauernde Folge war, daß auch nach dem Durchbruch am 18. April Lohnerhöhungen gar nicht oder nicht in der notwendigen Höhe eintreten. Wenn in letzter Zeit auch mehr Geld freiwillig wurde, so ist trotzdem der Lohn immer wieder geringer geworden. Nur ein Beispiel: Im März betrug bei einem Dollarkurs von 22 000 der Stundenlohn eines Arbeiters 1600 M., heute 3000 M. bei einem Stande von 88 000. Unser Geld ist also um das Vierfache schlechter geworden, der Geldlohn aber nur verdoppelt. Der Lohn müßte in diesem Falle 6000 M. und nicht 3000 M. betragen. Auch drückte wurde die Regierung Anfang Mai ganz energisch darauf aufmerksam gemacht, daß es ihre Aufgabe

sein muß, die Schlichtungsausschüsse und Arbeitgeberorganisationen dahin zu bringen, daß sie die Zeit verstehen und entsprechend handeln.

Ich habe bereits gesagt, daß, je länger der Druck hält, desto schwerer die Menschheit darunter leidet. Grundsätzlich ist, daß unter diesen Umständen auch Forderungen gestellt werden, die nicht immer voll von den Gewerkschaften unterstützt werden können. Insbesondere glaubten die Gewerkschaften die Forderung nach einer Wirtschaftsbeihilfe in einer bestimmten Höhe und ohne Unterschied nicht unterstützen zu können. Gingen wir aber das Bemühen nach Verschüssen usw. für Erwerbslose und Notstandsarbeiter von Erfolg. Jedoch auch dadurch ergaben sich vielerlei Differenzen, die bis heute nicht völlig erledigt sind, aber in den allerersten Tagen endgültig geregelt werden sollen. Der Schaffung eines Erwerbslosenrates stimmten, nachdem ein neuer Gedankengang eingeschaltet war, die Gewerkschaften zu. Seitens der Regierung waren aber zwischenzeitlich Verfügungen ergangen, die auch diese Art eines Erwerbslosenrates unmöglich machte. Für die Notstandsarbeiter wurde weiterhin erreicht, daß bezüglich ihrer Löhne eine verbesserte Bestimmung eingeführt wurde, und auch bei Regentagen möglichst kein Ausfall eintritt. Ferner wurde die Einrichtung getroffen, daß die Notstandsarbeiter teilweise mit Schuhen und Kleidung versehen wurden, damit sie die Arbeit aufnehmen konnten. Dies konnte allerdings nicht unentgeltlich geschehen, so daß auch durch die Abzüge, die sich daraus ergaben, die Not vergrößert wurde und manches Vorkommnis zu verstehen ist. Bei allen Besprechungen der Gewerkschaften mit den maßgebenden Stellen war es selbstverständlich ihre heiligste Aufgabe gewesen, ständig darauf hinzuweisen, daß alles geschehen müsse, um die herrschende Not zu lindern, und von dieser Möglichkeit ist bei jeder Gelegenheit in der weitestgehenden Weise Gebrauch gemacht worden. Denn alle Errungenheiten für die Allgemeinheit kamen doch auch den Erwerbslosen und Notstandsarbeitern zugute. Daß der Erfolg nicht immer den Wünschen und Hoffnungen entsprach, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Allen Gewerkschaften wurde zur Pflicht gemacht, bei allen Verhandlungen mit den Arbeitgebern besonders Zusätze über die Löhne des unterbesten Gebietes hinaus festzulegen. Nur bei einigen Berufen ist es bisher durchgeführt. Die übrigen müssen immer wieder nachhaken und hartnäckig daran festhalten.

Die Arbeitgeber können sich der Berechtigung dieser Forderung gar nicht mehr verschließen. Gesagt darf aber heute schon werden, daß endlich auch zentral mehr in dieser Frage geschehen soll. Einigen Gewerkschaften ist es auch gelungen, zunächst mindestens die Gleichstellung der Löhne mit Frankfurt zu erreichen. Auch ein Fingerzeig, wie in den anderen Berufen noch gearbeitet werden kann.

Es ist hier ganz unmöglich, erschöpfend alle Fragen zu behandeln. Trotzdem wird der aufmerksame Leser und der nachdenkende Gewerkschaftscollega herausfühlen, daß Annäherliches zur Wirklichkeit wurde. Wir haben noch nicht die Kampfperiode hinter uns, sondern stehen noch mitten im Kampfe um das nackte Leben und dürfen in dieser schweren Zeit unser Endziel niemals aus dem Auge verlieren. Nicht der egoistische Grundsatz von heute: „Erst komme ich, dann komme ich nochmals und dann komme ich erst recht“, führt die Arbeiterklasse zu besseren Zeiten entgegen. Nur die ständige ruhige Arbeit im Sinne des Sozialismus bringt der Arbeiterklasse und damit auch der Welt einstmals Ruhe und Frieden, Arbeit und Brot in ausreichendem Maße.

Dies bedauerlich ist, daß in dieser schweren Zeit die Arbeiterklasse, anstatt einig und geschlossen zusammenzutreten, sich selbst bekämpft und mordet. Eine gute Begründung wären wir der Bewirkung des Sozialismus näher, wenn der Bruderkampf die Aktion nicht lähmt. Wenn wir uns alle, ehe es zu spät. Noch ist es Zeit. Wir durchleben Vorgänge in der Weltgeschichte, wie solche sich in diesem Ausmaße noch niemals abspielten. Die Gewerkschaften sind dazu berufen, entscheidend mit einzugreifen und in diesem Sinne und Geiste ist die Arbeit im letzten halben Jahre erledigt worden. Mit offenen Augen, mit klarer Ueberzeugung, mit heiligem Ernst muß jeder Gewerkschaftler prüfen was ist, und dann urteilen. Die Zeit wird zeigen, daß wir richtig gehandelt in den großen Fragen. Und Kleinigkeiten spielen keine Rolle in der Geschichte der Menschheit.

Neue Lohnlagen in der Kunsthandlungsindustrie.

In der Tarifamtssitzung am 23. Juni in Berlin werden für die Zeit vom 18. Juni bis mit 1. Juli folgende Mindestlohnbestimmungen festgelegt:

Arbeiter, Kocher	4506 M.
Hilfsarbeiter über 23 Jahre	4422
von 20 bis 23 Jahren	3766
18 bis 20	2892
16 bis 18	2634
unter 16 Jahren	2154
Kochtinnen	3432
Hilfsarbeiterinnen über 20 Jahre	3245
von 18 bis 20 Jahren	2640
16 bis 18	1938
unter 16 Jahren	1656

Dazu kommen die jeweiligen Ortszuschläge.

Die Zulage beträgt also auf alle Löhne 120%. Besondere Prozentzuschläge für das besetzte Gebiet oder für andere Orte, deren wirtschaftliche Lage es gerechtfertigt erscheinen läßt, zu bewilligen, lehnen die Arbeitgeber wiederum ab. Es besteht aber Einverständnis zwischen den Parteien, daß, da die Gewerkschaften nur als Mindestlöhne anzusehen sind, die örtliche Gewerkschaftsleitung ohne weiteres das Recht hat, mit dem einzelnen Unternehmer auf dem Verhandlungsweg die Löhne besser den Ortsverhältnissen anzupassen.

Wir verpflichten unsere Funktionäre, jede solche Vereinbarung sofort dem Bundesvorstand zu melden.

Neue Tarifamtssitzung ist auf die ersten Tage im Juli vorgesehen.

Neue Löhne in der Süß-, Bad- und Feigwarenindustrie.

Die am 22. Juni in Erfurt stattgefundenen Lohnverhandlungen im Zentralausschuß führten zu einer Einigung auf folgender Grundlage:

Auf die bisherigen Grundlöhne erfolgt eine Zulage von 115 % für die Zeit vom 20. bis 26. Juni und von 125 % für die Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli. Der Spitzengrundlohn beträgt somit in Lohnreihe I für die erste Woche 5225 M., für die zweite Woche 5468 M.; in Lohnreihe II 4888 M. beziehungsweise 5063 M.

Für die Orte in Schlesien einschließlich Wörlitz beträgt die Lohnzulage 105 beziehungsweise 115 %. Der Spitzengrundlohn gestaltet sich in Lohnreihe I 4760 beziehungsweise 4992 M.; in Lohnreihe II 4618 beziehungsweise 4838 M.

Zu diesen Grundlöhnen kommen die Ortszuschläge. Ueber die weiteren neueregelten sonstigen Zulagen erfolgt Mitteilung durch Rundschreiben.

Die prozentuale Abstufung der Löhne für die einzelnen Lohngruppen erfolgt wie seither.

Die Lohnregelung für die Betriebe in Bayern scheidet für diese Lohnperiode aus den allgemeinen Vereinbarungen aus und erfolgt im dortigen Bezirksausschuß.

Die neuen Lohnabmachungen sind als 21. Nachtrag zu den Lohnsätzen des allgemeinen Reichstarifes vereinbart.

Konsumgenossenschaftliche Leistungen und Notwendigkeiten.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H. in Hamburg kann im Jahre 1924 auf eine für die organisierten Verbraucher erfolgs- und segensreiche dreißigjährige Tätigkeit zurückblicken. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich die Großeinkaufsgesellschaft während dieser Zeit zu einem führenden und größten Handelsunternehmen Deutschlands entwickelt. Am Jahresjubiläum 1922 waren 1030 Konsumvereine Gesellschafter der Großeinkaufsgesellschaft, wohingegen insgesamt 1535 Consumvereine ihre Bedürfnisse an Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen von der Großeinkaufsgesellschaft bezogen. Der geistige Waren-umsatz belief sich im Jahre 1922 auf 88 175 732 000 M., davon Erzeugnisse aus den eigenen Betrieben im Werte von etwa 3 827 000 000 M.

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1923 lieferte die Großeinkaufsgesellschaft den angeschlossenen Consumvereinen Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände im Betrage von 201 101 000 000 M.

Die Belieferung der Vereine erfolgt in der Hauptsache aus den zwölf eigenen Lagerhäusern der Großeinkaufsgesellschaft. Hervorzuheben ist immer wieder, daß die Großeinkaufsgesellschaft im Verlaufe von 20 Jahren nicht nur Großkaufmann, sondern seit etwa 13 Jahren auch Großindustrieller geworden ist. 25 eigene leistungsfähige Fabriksbetriebe, darunter eine ansehnliche Reihe von der Großeinkaufsgesellschaft selbsterbauter, moderner Musterbetriebe, außerdem weitere 16 Nebenbetriebe legen Zeugnis ab, was planmäßiges Zusammenarbeiten der organisierten Konsumenten vermag. Die Errichtung weiterer Produktionsbetriebe beziehungsweise der Ausbau und die Erweiterung bestehender Betriebe wird planmäßig durchgeführt. Die Ausführung größerer Projekte wird jedoch wesentlich erleichtert durch die herrschende Geldentwertung und den damit verbundenen Mangel an ausreichendem Betriebskapital. Darunter dürfen jedoch die Aufgaben einer konsumgenossenschaftlichen Bedarfsgütererzeugung und -verteilung nicht leiden. Die hierfür erforderlichen Mittel herbeizuschaffen, muß für jeden einsichtigen Volkswirtschaftler und Genossenschaftler eine Ehrenpflicht sein.

Zur Stärkung ihrer Betriebsmittel legt deshalb die Großeinkaufsgesellschaft eine neue Obligationen-anleihe mit beweglichem Zinssatz auf. Die Verzinsung beträgt mindestens 6 % und höchstens 15 % jährlich. Zur Zeichnung dieser Anleihe werden alle Genossenschaftsfreunde aufgefordert, die irgendein in der Lage sind, diesen gemeinnützigen und sozialen Zwecken ihre flüssigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe ist eingeteilt in Teilschuldverschreibungen zu 25 000 M., zu 50 000 M. und zu 100 000 M. Für die Teilschuldverschreibungen kauft die Großeinkaufsgesellschaft mit ihrem gesamten mobilien und immobilien Vermögen.

Auch den Genossenschaftsfreunden, die dem Auge der Zeit folgen in ihrem Bestreben, den Wert ihres bestehenden Vermögens vor weiterer Entwertung zu schützen, ist die Möglichkeit zu einer gewissen Sicherung gegeben. Zu diesem Zweck ist die Großeinkaufsgesellschaft bereit, bis zu einer gewissen begrenzten Höhe Darlehen in der Form von Bankeinlagen heranzunehmen. Diese Darlehensgelder sind als „Wertbeständige Bankeinlagen“ auf mindestens 5 Jahre fest — also 5 Jahre un kündbar — zu begeben und müssen in jedem Einzelfalle mindestens 25 000 M. betragen. Die Verzinsung der „wertbeständigen Bankeinlagen“ erfolgt in Papiermark, und zwar bis auf weiteres mit 5 % für das Jahr.

Auskunft über Anleihebedingungen und Prospekte sind bei den Consumvereinen des Zentralverbandes deutscher Consumvereine zu erhalten oder direkt von der Sanftabteilung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Consumvereine, Hamburg 1, Bejenbinderhof 52. Genossenschaftler, tat, was in Euren Kräften steht, sorgt für die Stärkung der genossenschaftlichen Betriebsmittel!

Sterbekassengründungen und Volksfürsorge.

Die Schicksale lehrt, daß die Menschheit nichts aus ihr lernt. Die Wahrheit dieses bekannten, leider lange nicht genug gewürdigten Satzes wird wieder aufs neue bewiesen durch Erfahrungen, die sich in den letzten Monaten in der Arbeiterklasse Deutschlands bemerkbar machen. Es handelt sich um den Versuch, sich durch Gründung von Sterbekassen die Last der unerträglichen Kosten, die ein Begräbnis heute verursacht, zu erleichtern. Die Träger dieser Bestrebungen sind teils Gemeinden, teils Gewerkschaften, teils auch Parteiinstanzen. So verständlich diese Bestrebungen an sich sind, so ist doch sehr zu bedauern, daß alle schlechten Erfahrungen, die man gerade auf dem Gebiet des Sterbekassenwesens immer wieder gemacht hat, nichts gelehrt haben. Man glaubt noch immer, daß man, wenn nur erst eine Organisation für irgendeine Sache geschaffen sei, aller Sorge enthoben wäre. Das Schicksal unzähliger Sterbekassen legt einen unzweifelhaften Beweis dafür ab, daß diese Auffassung unzutreffend und daß nichts falscher ist, als derartige Unternehmungen von vornherein nicht auf eine sichere Rechnungsgrundlage zu stellen. Man möchte gern den angeblich hohen Prämien, die eine regelrechte Lebensversicherung mit sich bringt, aus dem Wege gehen und vergißt dabei, daß diese nicht nur für den Tod des Versicherten eine bestimmte Summe vorsieht, sondern auch für den Fall, daß der Versicherte ein bestimmtes Lebensalter erreicht.

Es hat sich weiter erwiesen, daß sich die angeblich bedeutend niedrigeren Verwaltungskosten bei den Sterbekassen nur als ansäglich durchführbar erweisen, daß aber mit zunehmendem Umfang der Sterbekassen diese keineswegs billiger, sondern eher teurer arbeiten als Versicherungen, ohne daß sie in der Lage wären, die rechnungsmäßige Gewähr für die Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen zu bieten wie die Lebensversicherung. Wir geben zu, daß, wenn das von vielen noch immer erträumte Ideal einer Sterbekasse erreichbar wäre, diese entschieden einer Lebensversicherung vorzuziehen sein würde; wenn nämlich der Mitgliederstand der Sterbekasse genügend hoch wäre, sich der Wagnis durch einen mindestens gleichartigen Zugang wieder ausgleiche, wenn das Durchschnittsalter der versicherten Personen ein gleiches bliebe, wenn es möglich wäre, einen Ausgleich für die zu erwartende Geldentwertung zu schaffen, wenn es gelänge, durch die Ausschaltung schlechter Risiken und von Epidemien eine Uebersterblichkeit zu verhindern, und wenn es letzten Endes möglich wäre, die Verwaltungskosten dauernd niedrig zu halten, dann, ja, ja... Eine solche ideale Kasse gehört aber ins Reich der Utopien, wie die Erfahrung an Hunderten von Beispielen gezeigt hat. Noch keiner Kasse ist es bis heute gelungen, die obenangeführten Sicherheitsfaktoren zu schaffen. Der Gang der Dinge ist vielmehr immer der gleiche: anfänglich geht es einer solchen Kasse ausgezeichnet; es treten — da meistens eine Wartzeit vorgezogen ist — nur sehr wenige Sterbefälle ein, für die die Kosten von den vorhandenen einigen hundert oder vielleicht tausend Mitgliedern mit Leichtigkeit aufgebracht werden. Nennenswerte Verwaltungskosten entstehen in der Regel nicht, da im ersten Sturm der Begeisterung natürlich alle ehrenamtlich tätig sein wollen. Wenn aber der Mitgliederbestand sich, wie erforderlich, mehrt, so muß zwangsläufig zur Anstellung eines besoldeten Kassierers geschritten werden. Aber auch dann geht es noch eine ganze Weile. Plötzlich aber beginnt der Zugang an neuen Mitgliedern immer spärlicher zu werden; dem der Wirkungskreis einer lokalen Sterbekasse ist natürlich rasch abgegrast. Die vorhandenen Mitglieder werden älter, die Sterbefälle häufen sich, die eingehenden Beiträge reichen nicht mehr aus, etwa vorhandene Reserven werden aufgezehrt, schließlich müssen Nachschüsse von den Mitgliedern geleistet werden. Besteht das Umlageverfahren allein, so wird der Anteil eines jeden Mitgliedes immer höher, man beginnt zu murren, die jüngeren scheiden aus und schließlich eine Lebensversicherung ab, die für sie jetzt schon erheblich billiger ist, und dann geht es rapide bergab. Immer kleiner wird der Bestand, nur die Ältesten halten noch aus, immer größer und unerfüllbarer werden die Verpflichtungen, in der höchsten Not sucht man noch von einer Versicherungs-gesellschaft geschuldet zu werden, aber es ist bereits zu spät! Das Schicksal der Kasse ist bestesagt, sie stirbt an Mitgliederarmut und das Tragische tritt dann ein. Die am treuesten ausgehalten und am längsten Opfer gebracht haben und nun trauernd am Grabe ihrer einst so schönen Hoffnungen stehen, haben das Nachsehen — denn ein Rechtsanspruch besteht nicht. — Sie sind um einen, gerade in ihrem Alter notwendigen Versicherungsschutz ärmer und um eine bittere Erfahrung reicher.

Dieses nicht zu schwarz geschilderte Schicksal lokaler Sterbekassen ist ein naturgemäßes, und zwar darum, weil sie nicht versicherungstechnisch aufgebaut sind und weil ihnen die organisatorische Entwicklungsmöglichkeit fehlt. Es kann daher für einen einsichtigen, die trübten Erfahrungen anderer berücksichtigenden Menschen keinem Zweifel unterliegen, daß sein Bedürfnis nach Schutz vor den unerwünschten Kosten eines Begräbnisses auf die Dauer am besten und sichersten gewahrt ist durch eine Versicherung bei einer großen Versicherungs-gesellschaft, die vielleicht scheinbar teurer ist als eine Sterbekasse, die aber im Grunde nichts verspricht und nichts versprechen darf, was sie nicht zu erfüllen in der Lage ist. Das geschilderte Schicksal der meisten gegründeten Sterbekassen und die in der Fülle ihrer Kraft bestehenden großen Lebensversicherungsgesellschaften geben für diese Ansicht den klarsten Beweis.

Diese Erkenntnis war es unter anderem auch, die die Gewerkschaften und Genossenschaften vor einem Jahrzehnt veranlaßte, ein eigenes Versicherungsunternehmen ins Leben zu rufen. Die Volksfürsorge ist für die deutsche Arbeiterklasse das Versicherungsunternehmen, das auf sicherer versicherungstechnischer Grundlage aufgebaut ist und den bei ihm Versicherten die Summen garantiert, die bei Stellung des Antrages vereinbart worden sind. Der Gedanke der Lebensversicherung erschöpft sich aber nicht darin, daß er es den Hinterbliebenen ermöglicht, die Kosten für das Begräbnis aufzubringen, sondern er will die Hinterbliebenen darüber hinaus vor den schlimmsten Sorgen nach dem Tode ihres Ernährers sichern. Die Volksfürsorge propagiert daher mit großem Erfolge, Versicherungssummen abzuschließen, die nicht nur die Begräbniskosten zu decken, sondern die den Hinterbliebenen noch einen Restzinsen zu sichern instande sind. — Die Bestrebungen vieler Vereine, ihre Mitglieder insgesamt zu versichern, hat die Leitung der Volksfürsorge als berechtigt anerkannt und ihnen durch die Schaffung eines Sterbekassentarifischen Rechnung getragen.

Danach sind Kollektivversicherungen für Vereine mit 100 Mitgliedern aufwärts möglich. Dieser Tarif stellt eine brauchbare und vor allem sichere Grundlage dar, auf der die Bedürfnisse nach einer reinen Todesfallversicherung unter günstigen Bedingungen befriedigt werden können.

Es darf nicht das Schicksal der Gründungen der deutschen Arbeiterschaft sein, daß man sie, kaum geschaffen, durch Hunderte von Sondergründungen, auf unsicherer Grundlage aufgebaut, in ihrer Entwicklungsmöglichkeit hindert.

Lehrlingswesen.

Zentrumsabgeordneter Andre gegen den Lehrlingschutz.

Bei der Beratung des Reichshaushaltsplanes am 4. Mai 1923 im Reichstag sprach der christliche Arbeitervertreter in der Zentrumspartei auch über die kommende Beschäftigung, soweit sie die jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge betrifft.

„Besonderen Wert legen wir auf die Durchführung der Vorschriften hinsichtlich des Kinder- und Jugendschutzes. Auch hier steht ein Stück Volksgesundheit in Gefahr. Auf der anderen Seite möchte ich aber betonen, daß wir zwar für die gesetzliche Regelung der beruflichen Ausbildung, wie sie in der Druckseite 5764 gefordert wird, stimmen werden, daß wir aber vorerst nicht in der Lage sind, für die Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge einzutreten.“

Ebenso wenig können wir für die Bezahlung der Fortbildungsschulzeit an jugendliche Arbeiter durch Arbeitgeber eintreten. Das ist eine Frage, die vom Standpunkt der Belastung der Wirtschaft aus anzusehen ist: kann auch diese Neuerung unsere Wirtschaft noch mittragen?

notwendig ist. (Unruhe und Zurufe bei den Ver. Soz. und den Kommunisten.) Darauf legen wir entscheidenden Wert. Es ist eine vollkommene Verleugnung der Situation, wenn man glaubt, nach einem verlorenen Kriege könnten wirtschaftliche Experimente durchgeführt werden, die in der blühenden Wirtschaft vor dem Kriege nicht haben durchgeführt werden können.

Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Großhandelspreise. In der Woche vom 9. bis zum 15. Juni stiegen nach der „Industrie- und Handelszeitung“ die Meßziffern für Großhandelspreise von 15 904,89 auf 19 101,85 oder um 21,1%. In der gleichen Zeit erhöhte sich das Dollarkursniveau um 24,7%.

Steigerung der Lebenshaltungskosten. Eine weitere Teuerung der Lebenshaltungskosten um 14,4% trat nach der „Industrie- und Handelszeitung“ in der Woche vom 9. bis zum 15. Mai ein. Der Gesamtindex stieg von dem 5894fachen auf das 6744fache der Vorkriegszeit.

Achtstundentag und Heberarbeit in Sachsen. (Die neuesten Erfahrungen der sächsischen Gewerbeaufsicht.) Ueber die Erfahrungen mit dem achtstundentag in Sachsen im Jahre 1922 berichtet die sächsische Gewerbeaufsichtsbeamten folgendes: Die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter im Sinne des achtstundentages hat während des Jahres 1922 weitere Fortschritte gemacht und ist durch die Mithilfe der Gewerkschaften wesentlich gefördert worden.

Konditoren

Aus den Sektionen.

Coblenz. Vom 1. Juni an 81 000, 98 000, 111 000, 126 000 M.

Dresden. Vom 9. bis 22. Juni betragen die Mindestlöhne 155 000, 145 000, 115 000, 100 000 M.

Frankfurt a. M. Vom 9. bis 15. Juni 140 000, 122 500, 105 000 M. Die Abstufung der Löhne erfolgt zukünftig in der Weise, daß die festgesetzten Löhne der Gehilfen über 25 Jahre 100% darstellen; Gehilfen von 20 bis 25 Jahren erhalten davon 85% und Gehilfen unter 20 Jahren 75%.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Tel.-Adr.: Bäckerverband Hamburg, Besenbinderhof 57.

Quittung.

Vom 16. bis zum 21. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Januar: Duisburg 185 341 M.
Für Januar bis März: Gleiwitz 68 200 M.
Für April: Duisburg 365 556 M., Oberhausen 136 344, Remscheid 193 400.
Für März bis Mai: Beuthen 97 544 M.
Für April und Mai: Deynshausen 483 015 M., Sonneberg 255 900.

Für April und Mai: Kpser, Bad Reichenholl, Kleinich, Gamersleben, Jngolsbdt, Witten, Wanne und Jttau i. S.
Für Mai: Bochum, Detmold, Greifswald, Halberstadt, Gerne i. W., Kattowik, Landsberg, Rößnik, Pinneberg, Reichenbach, Stendal, Traustein und Werder.
Abrechnung ohne Geld gesandt: Girschberg i. Schlesien, Straubing, Weissenfels und Emden.
Der Hauptkassierer. J. B.: M. Banghann.

Ans den Bezirken.

Adressenänderung. Jwidau: Vorsitzender: Arno Gbert, Hohenzollernstr. 22, 1. Et. Kassierer: Kurt Wohlrab, Reichenbacher Straße 98, 1. Et.

Sterbetafel.

Hamburg-Altona. Wilhelm Panzenhagen, Bäcker, 44 Jahre alt, am 17. Juni.
Paula Pantelmann, Süßwarenarbeiterin, 28 Jahre alt, durch Bootunglück am 8. Juni.
Gelsenkirchen. Otto Kretschmer, Bäcker, 48 Jahre alt, am 11. Juni.
Ehre ihrem Andenken!

Lohubewegungen und Streiks. Wädrer.

Mgün. Vom 17. Juni an 100 800, 91 200, 81 600 M.; für Neuaufgelernte 72 000 M.
Berlin. Vom 18. Juni an Grundlohn 178 000 M.
Darm. Vom 15. bis 22. Juni 243 000, 270 000, 297 000 M.
Braunschweig. Vom 24. bis 30. Juni 135 300, 152 900, 181 000, 184 000 M.
Cassel. Vom 18. Juni an 170 015, 170 000, 168 600, 150 000 M.
Danzig. Vom 11. Juni an 187 000, 180 000, 170 000, 165 000, 155 000 M.; in Brotfabriken 190 000, 193 000, 195 000 M.
Dresden. Vom 15. Juni an: In Innungsbetrieben bis zu 195 000 M., in der Sachsbrotfabrik 190 000, 191 900, 199 500, 209 000 M.
Düren und Jülich. Vom 23. Juni an 194 240, 213 000, 241 920, 278 080 M.; in den Backhäusern 304 359, 305 888 beziehungsweise 290 594, 291 984, 305 890 M.
Frankfurt a. M. (Schiedsspruch). Vom 16. bis 23. Juni 240 000, 237 600, 235 200, 182 400 M. — Vom 23. bis 29. Juni 340 000, 336 600, 333 200, 258 400 M.
Gannau. Vom 16. Juni an 200 000, 190 000, 170 000 M.
Hannover. Vom 17. bis 23. Juni 220 000, 223 800, 228 000 M.; in Kleinbetrieben 226 549, 219 950, 188 957, 158 965 M.
Heidelberg. Vom 15. Juni an 234 600, 212 000, 198 000 M.
Homburg v. d. S. (Schiedsspruch). Vom 21. Juni an 900 000, 190 000, 180 000 M.
Kiel. Vom 8. Juni an 114 560, 191 500, 154 880, 167 250 M.; in Großbetrieben 170 610 M. — Vom 16. Juni an 183 300, 210 400, 247 810, 267 600, 273 980 M.
Köln. Vom 16. Juni an in den Innungsbetrieben 210 000, 252 000, 280 000, 294 000 M.; in Brotfabriken 288 400, 291 200, 296 800 M., für Arbeiterinnen von 98 000 bis zu 172 000 M., Verkaufserlösen 108 000 M., Lehrlinge 700, 1400, 2800 M.
Lüben. Vom 18. Juni an 108 000, 112 000, 130 000, 130 000 M.; für Verheiratete 15 000 M. mehr.
Medienburg-Schwerin. Vom 13. Juni an 167 000, 162 000, 157 000 M.
Meißenburg-Strelitz. Vom 18. Juni an 96 000, 94 000, 92 000 M.
Meißen (Schiedsspruch). Vom 17. Juni an 108 000, 126 000, 134 500, 148 500 M.; in größeren Betrieben 18 000 M. mehr.
Offenbach a. M. Vom 16. Juni an 270 000, 267 800, 264 600, 205 200 M.
Rheinland-Westfalen. Der Schlichtungsausschuss beim Reichs- und Staatskommissar erhöhte die bereits früher vom 1. bis 15. Juni festgesetzten Sätze um 15 %, so daß sie für diese Zeit betragen: In Brotfabriken und Konsumvereinen 145 400, 176 200, 195 600 M.; in Kleinbetrieben 145 400, 168 500, 177 300, 155 600 M. Für die Zeit vom 16. bis 30. Juni 193 900, 227 600, 239 600 beziehungsweise 193 900, 224 700, 236 400, 260 000 M. Dazu die Zulagen von 1 und 2 % für Dienarbeiter, Leigmacher und Gehilfen in leitender Stellung. Macht die Forderung auch vom 16. bis 30. Juni wesentliche größere Fortschritte, dann soll dieser Lausache schon in der nächsten Schlichtungsverhandlung Rechnung getragen werden.
Stettin (Schiedsspruch). Vom 1. bis 15. Juni 143 000, 149 000, 125 000, 90 000 M. Mit den 3 Brotfabriken wurde am 30. Mai der Mahlarztvertrag neu abgeschlossen. Ferien bis zu 15 Tagen, § 618 12 Tage.

Korrespondenzen.

Baden-Baden. Der hiesige Wädrergehilfenverein, dessen Mitglieder bisher dem christlichen Nahrungsmittelarbeiterverband angehörten, ist am 13. Juni geschlossen zu unserer Organisation übergetreten. Die Kollegen sind zu unserer Überzeugung gekommen, daß ihre Interessen am wirksamsten und erfolgreichsten dort vertreten werden, wo das Gros unserer Berufscollegen schon seit Jahren organisiert ist, nämlich in unserem Zentralverband. In statigefundener Verhandlung wurde mit der Innung vereinbart, daß der jährliche Tarifvertrag weiterläuft, mit der Maßgabe, daß als Tarifkontrahent für die Gehilfen unser Verband tritt. Die Wochenlöhne betragen vom 17. Juni 1923 an 200 000, 216 000, 210 000 M. Für verabreichte Stoff und Logis werden pro Woche 40 % in Abzug gebracht. Unsere Baden-Badener Freunde werden sich nun bemühen, recht eifrige, brauchbare und tüchtige Exakter für unsere Sache zu werden.

Wädrerheim. Eine sehr gut besuchte Versammlung fand am 14. Juni für die Beschäftigten der Lebkuchenfabrik Schmidt statt. Kollege Gschel hielt einen instruktiven Vortrag über unsere gegenwärtige Lohnpolitik. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und der Verbandsleitung in der Führung der Lohnpolitik das vollste Vertrauen ausgesprochen. In der nachfolgenden Aussprache wurde das Treiben einzelner Leute, die während der Arbeitszeit ihre parteipolitischen Geschäfte für die Gafenkreuzler ausübten, einer scharfen Kritik unterzogen. In der gemeinsamen Weise werden die freigewerkschaftlichen Kollegen und Kolleginnen angepöbeln; Unterschriften werden gesammelt, die zum Beitritt der Hilfserbanditen dienen sollen. Wo solche Unterschriften verweigert wurden, wollte man dazu übergehen, daß diese Kollegen austreten sollten. Erst durch Vorfälligwerden bei der Firma konnte diesem Unfug Einhalt geboten werden. Wenn sich derartige Gemeinheiten in der Folgezeit wiederholen sollten, so wird kein Mittel unversucht gelassen, um diesen Geblen zu zeigen, daß sie nicht mehr Recht für sich in Anspruch nehmen dürfen als der große Teil der Gesamtbelegschaft. Im allgemeinen wurde zum Ausdruck gebracht, daß sich unsere Verbandsmitglieder nicht beirren lassen, sondern weitere Klärung verbreiten werden und treu wie bisher zu ihrer Organisation halten. Mit einem kräftigen Schlußwort des Referenten, auf der Macht zu sein und weiterhin als Verbandsmitglieder die volle Pflicht zu erfüllen, wurde die schön verlaufene Versammlung mit Begeisterung geschlossen.

Agitationsversammlungen.

Bezirk Bielefeld. (Agitationsversammlungen.) Die Versammlung der Fabrikbranche in Gerdorf war gut besucht. Der Anlaß dazu war wohl hauptsächlich in der Unzufriedenheit über das Lohnabkommen in Goslar zu suchen. Immerhin konnte festgesetzt werden, daß unter den Funktionären und Vertrauensleuten ein guter organisatorischer Geist herrscht. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß derartige Vorträge des öfteren gewünscht werden.

Spätestens am 30. Juni ist der 27. Wochenbeitrag für 1923 (1. bis 7. Juli) fällig.

Die Versammlung der Wädrer in Bielefeld war ziemlich gut besucht. Es wurden 3 Neuaufnahmen gemacht. Am Orte sind tüchtige Funktionäre, erfahrene Verbandskollegen, die die Gewähr bieten, daß auch praktische Verbandsarbeit geleistet wird.

In Osnabrück liegt die Leitung der Zahlstelle in guten Händen. In der Wädrerversammlung wurden 2 Aufnahmen gemacht. Bei den jungen Wädrergehüfen herrscht auch hier eine große Gleichgültigkeit gegen die Bestrebungen des Verbandes. Unsere Mitglieder dürfen sich keine Arbeit verbrießen lassen, um alle Berufscollegen für den Verband als Mitglieder zu gewinnen.

In der Versammlung in Münster waren die Konditorgehüfen und einige Kollegen aus der Fabrikbranche anwesend wie auch der Führer der Christen, der mit den gelben Meisterjungen und Wädrergehüfen erschien.

Der Christliche hielt es in der Diskussion für notwendig, mit dem roten Lappen zu winkeln und auf die christliche Glaubenslehre hinzuweisen. Seine Ausführungen scheinen aber bei den jungen Kollegen den Zweck verfehlt zu haben; denn als er darauf hinwies, daß die christliche Lehre bejage, wer 2 Höde habe, der gebe dem einen ab, der keinen hat, da ging ein verständnisvolles Sächeln durch die Versammlung. Die Kollegen wissen schon heute, daß auch die Wädrermeister lieber nehmen als geben; denn in Münster stehen die Tariflöhne nur auf dem Papier. Die Aussprache war im übrigen eine sachliche, und es steht zu erwarten, daß auch im schwarzen Münster der freigewerkschaftliche Gedanke sich mehr Bahn bricht und die Berufscollegen sich unserer Organisation anschließen. Tüchtige Organisations- und Aufklärungsarbeit muß allerdings geleistet werden.

Die Versammlung der Fabrikbranche in Bad Dohrenhausen war gut besucht. Die Funktionäre sorgen für Aufklärungsarbeit und veranlassen, daß alle Beschäftigten Mitglieder unserer Organisation sind.

Gewerkschaftliche Kundschau.

Böttcherverband. Nach der veröffentlichten Statistik führte die Organisation im Vorjahre 1922 Lohnbewegungen in 214 Orten mit 1392 Betrieben und 18 108 beschäftigten Personen. Die Gesamtsumme an erreichten Lohnzulagen betrug wöchentlich 306 118 000 M.

Versammlungs-Anzeiger

Blauenburg a. S. Sonntag, 1. Juli:
Blauenburg a. S. 10 Uhr im 'Blauenburger Hof'.
Cottbus. 10 Uhr bei W. 'Zum Stern', An der Promenade.
Darmstadt. 8 Uhr im Restaurant 'Stadthaus', Petersstr. 85.
Düsseldorf. 10 Uhr bei W. Schulte, 'Düsseldorfer Hof', Köhlerstr. 114.
Erfurt. 10 Uhr im Volkshaus, Jägerstr. 17.
Erfurt. (Lehrlinge.) 2 Uhr bei Wädrer, Biegelgasse 4.
Frankfurt a. M. 10 Uhr im 'Café', Am grünen Tal'.
Hagen. 10 Uhr im 'Sittler Hof', Preussische Straße 29.
Hannover (Gararbeiter). 8 Uhr im 'Staschler', Sünterbergstr. 45.
Hannover. 10 Uhr bei W. 'Café', Am Markt.
Hannover. 10 Uhr im 'Kafé', Deutsches Haus, Steinbrennstraße.
Kiel i. E. 1 Uhr im 'Café', bei Schumannthal.
Kiel. 10 Uhr im Restaurant 'Novaria', Am Steinhafen.
Köln. 10 Uhr im 'Café', Am Markt.
Leipzig. 10 Uhr im 'Café', Am Markt.
Magdeburg. 10 Uhr im Restaurant 'Novaria', Am Steinhafen.
Münster. 10 Uhr im 'Café', Am Markt.
Stettin. 10 Uhr im 'Café', Am Markt.
Wien. 10 Uhr im 'Café', Am Markt.

Wien i. W. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant 'Kaiserhof', Kochstr. 11.
Danzig. (Konditoren.) 10 Uhr im 'Gewerkschaftshaus', Gerickeplatz.
Frankfurt a. M. 7 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Wernersplatz.
Braunau. 8 Uhr im 'Gewerkschaftshaus', Köhlerstr. 2.
Wuppertal. 7 Uhr im 'Kafé', 'Zum Wandersmann', Erbprinzenstr. 22.
Koblenz. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im 'Kaiserhof', Nordstr. 17.
Magdeburg. (Konditoren.) 7 1/2 Uhr im 'Frankfurter Hof', Augustinerstraße.
Hannover. 8 Uhr im 'Café', 'Zum Unter', Schloßstraße.
Hannover. 7 Uhr im 'Café', 'Zum Unter', Schloßstraße.
Berlin. 8 1/2 Uhr bei W. 'Café', 'Zum Unter', Schloßstraße.
Hannover. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Kaiserhof', Kaiserstraße.
Wiesbaden. (Konditoren.) 8 Uhr im Verbandsbureau, Westendstr. 22.

Wannsee. 8 Uhr im Restaurant 'Spätendrän', Am Buttermarkt.
Bonn a. Rh. 7 Uhr im Restaurant 'Phönix', Köhlerstr. 17.
Erfurt. 8 Uhr im 'Kaiserhof', Am neuen Markt.
Erfurt. (Konditoren.) 8 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Frankfurt a. M. (Konditoren.) 8 Uhr im 'Café', Köhlerstr. 22.
Köln a. Rh. (Konditoren.) 8 Uhr im 'Café', Köhlerstr. 22.
Leipzig. 8 Uhr im 'Café', Köhlerstr. 22.
Münster. 7 Uhr in der 'Konditorenkammer'.
Wuppertal. 8 Uhr im Restaurant 'Zum Unter', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr bei W. 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.

Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.

Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.

Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.
Wuppertal. 8 1/2 Uhr im Restaurant 'Café', Köhlerstr. 22.

Innungskrankenkasse der Wädrerzwangsinnung in Berlin. Auf Grund der Verordnung über Grundlöhne und Sterbegeld in der Krankenversicherung vom 9. Juni d. J. und Beschluß des Vorstandes vom 19. Juni d. J. treten am 1. Juli 1923 folgende Grundlöhne in Kraft:

Table with 2 columns: Grundlohn and Beitrag. Includes rates for different stages of insurance (Stufen 9-12) and additional provisions.

Die Beträge betragen wie bisher 10 % des Grundlohns, und zwar pro Kalenderstag.
In der 1. bis 8. Stufe wie bisher.
" " 9. Stufe beträgt der Beitrag pro Tag 800 M.
" " 10. " " " " " " " 1200 "
" " 11. " " " " " " " 1500 "
" " 12. " " " " " " " 2000 "
Die erhöhten Leistungen treten erst am 29. Tage nach Inkrafttreten dieser Satzungsänderung in Kraft.
Zu vorstehendem hat das Oberverwaltungsamt unter dem 9. Juni 1923 seine grundsätzliche Zustimmung erteilt.
Berlin, den 20. Juni 1923.
Der Vorstand. Wilhelm Hahn, Vorsitzender.

Konditoren von Danzig. Das Verkehrslokal befindet sich bei Meerwald, Protokollengasse 23.
Zusammenkunft jeden Mittwoch, abends 8 Uhr.
Mitgliederversammlungen in Danzig jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat im Gewerkschaftshaus, Gerickeplatz 1/2, abends 7 Uhr, Zimmer 70, in Joppot jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr, im Restaurant Ewald, Danziger Straße.
Die Sektionsleitung.